

Bankenrettung ist kein Selbstzweck

In einer Sondersitzung hat der Bundestag Finanzhilfen für Spanien beschlossen

Der Deutsche Bundestag hat in einer Sondersitzung am 19. Juli 2012 den Finanzhilfen für Spanien zugestimmt. Auch eine große Mehrheit der SPD-Fraktion war für die Hilfen, denn ein Ende der Krise ist noch nicht in Sicht.

Der schwarz-gelben Koalition fehlt es dabei erneut an Mut, die großen Probleme offen und ehrlich zu benennen. Der eigentliche Unruheherd in Europa sind nicht die Staatsschulden, sondern die weiter schwelende Finanzkrise. Die spanischen Banken halten nach dem Platzen der Immobilienblase viele faule Kredite in ihren Bilanzen und können sich nur noch schwer am Kapitalmarkt refinanzieren. Die Finanzmärkte spekulieren gleichzeitig über die vorhandenen Risiken bei spanischen Banken. Nur durch die Lösung des Bankenproblems wird es Spanien gelingen, wieder auf die Beine zu kommen, denn ohne ein stabiles Bankensystem ist das gesamte Finanz- und Wirtschaftssystem bedroht. Die Bankenrettung ist also kein Selbstzweck, sondern sie dient letztlich der Realwirtschaft.

Die Grundlage für die Finanzhilfen aus dem befristeten Euro-Rettungsschirm EFSF bildet eine Ver-



Spanien braucht dringend frisches Geld, um aus den Schlagzeilen zu kommen. Die EFSF stellt jetzt Mittel von bis zu 100 Milliarden Euro als Kredite bereit.

Foto: Europäische Kommission

einbarung, in der die Bedingungen für die Mittel von bis zu 100 Milliarden Euro festgelegt sind. Die Kredithilfen fließen nicht direkt an die notleidenden Banken, sondern über den staatlichen Bankenrestrukturierungsfonds FROB. Damit wird also keine direkte Bankenhilfe, sondern ein rückzahlungspflichtiger und verzinsten Kredit an den spanischen Staat vergeben. Nach eingehender

Prüfung erhält die Vereinbarung strenge Auflagen für den Umbau und gegebenenfalls auch die Insolvenz spanischer Banken. Diese Maßnahmen sind eng angelegt an die bereits in Deutschland angewandten Instrumente. In der aktuellen Lage darf es selbstverständlich keine bedingungslose Rettung

Fortsetzung auf Seite 2

2 | Die Bundespolitik

Fortsetzung von Seite 1:

Bankenrettung ist kein Selbstzweck

von Banken um jeden Preis geben. Banken ohne tragfähiges Geschäftsmodell müssen abgewickelt werden. Zudem werden die Gehälter in staatlich unterstützten Banken auf 300.000 Euro begrenzt.

Klar ist aber auch, dass die Maßnahmen zur Restrukturierung der spanischen Banken nur ein erster Schritt sein können, um die Bankenkrise in Europa zu bewältigen. Nun müssen weitere Schritte folgen: Die SPD fordert seit geraumer Zeit eine verstärkte Finanzmarktregulie-

europäische Bankenaufsicht. Das alles muss zügig umgesetzt werden, damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht für Risikogeschäfte von Banken haften!

Mit der Entscheidung im Bundestag über die Finanzhilfen für den spanischen Finanzsektor beginnt erst die überfällige Debatte über den künftigen Umgang mit notleidenden Banken in der Eurozone. Mittelfristig geht es um die Frage der direkten Bankenrekapitalisierung: Direkte Hilfen für Banken sind

bislang weder im Rahmen der EFSF noch des künftigen ESM vorgesehen. In den Beschlüssen des jüngsten EU-Gipfels heißt es klar und eindeutig, dass direkte Bankenhilfen nur dann in Frage kommen, wenn vorher eine europäische Bankenaufsicht etabliert worden ist. Gegen eine stärkere Bankenaufsicht kann niemand ernsthaft etwas einzuwenden haben. Darüber hinaus hat Kommissionspräsident Barroso erst kürzlich noch weitergehende Pläne für eine Bankenunion vorgelegt, die neben einer europäischen

Bankenaufsicht auch eine europaweite Einlagensicherung und einen Bankenrettungsfonds, der sich aus einer Bankenabgabe speist, umfassen soll.



Die Börse in Madrid: Drinnen auf dem Parkett herrscht Unruhe und Unsicherheit. Die Aktienkurse schwanken in der aktuellen Krise beträchtlich. Foto: Europäische Kommission

Banken sowie eine schlagkräftige

Neuer Ausschuss

Manfred Nink ist vom Wirtschaftsausschuss als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union gewechselt. Er bleibt weiterhin für das Themenfeld der europäischen Wirtschaftspolitik zuständig. Im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie bleibt Nink stellvertretendes Mitglied.

Verzicht auf erneute Kandidatur

Bei der Wahl im kommenden Jahr werde ich nicht erneut für den Bundestag kandidieren. Ausschlaggebend sind persönliche Gründe. Nachdem ich mich von einem gesundheitlichen Rückschlag im vergangenen Jahr glücklicherweise wieder vollständig erholt habe, möchte ich nach der Wahl 2013 meine Schwerpunkte im privaten Bereich setzen und politisch kürzer treten. Bis zum Ende der Legislaturperiode aber ist noch viel zu tun – nicht nur für die Bewältigung der Krise in Europa, sondern auch für die Region Trier. Außerdem werde ich meine häufigen Schulbesuche, bei denen ich mit Schülerinnen und Schülern über aktuelle politische Themen ins Gespräch komme und über meine Arbeit berichte, selbstverständlich engagiert fortsetzen.

Manfred Nink

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317

Fax: 030/22776317

E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:

Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940

Fax: 0651/44748

E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de